

LehrerInnendienstrecht: Unabhängige GewerkschafterInnen für Bildungsinvestitionen



Reinhard Sellner
Mitglied der ARGE Lehrer der GÖD

PädagogInnen brauchen sachliche Information und keine Geheimabreden

Die Dienstrechtsverhandlungen der ARGE LehrerInnen der GÖD mit BeamtInnen aus BKA, BMUKK und BMF haben am Stillschweigen über von der Regierung beabsichtigte Einsparungen nichts geändert. Den Medien ist zu entnehmen, dass die SPÖ-ÖVP-Regierung an dem europaweit bereits in Frage gestellten Fiskalpakt-Sparkurs festhalten will. Die „geheimen“ Dienstrechtsvorschläge sehen daher eine Arbeitszeiterhöhung und in der Folge das massive Einsparen von LehrerInnenplanstellen vor. Eine von der GÖD seit vielen Jahren geforderte Anhebung der Anfangsbezüge (und Abflachung der Gehaltskurve) will die Finanzministerin zu einer drastischen Anhebung der Unterrichtsverpflichtung nutzen – mit Folgewirkung auf den gesamten öffentlichen Dienst.

Kostensenkung durch Arbeitszeiterhöhung

Alle LehrerInnen sollen 24 Stunden in der Klasse stehen, Vor-/Nachbereitungszeit und Korrekturzeiten für Hausübungen, Schularbeiten, Tests sollen aus der Wochenarbeitszeit herausgerechnet und durch Zulagen abgegolten werden. Die LehrerInnen erwarten das Gegenteil: Die in den letzten 20 Jahren massiv ausgeweiteten nicht-unterrichtlichen Tätigkeiten (individuelle Beratung und Betreuung, Schulentwicklung, Projektorientierung, Qualitätskontrolle ...) sollen endlich als Teil der Wochen- oder Jahresarbeitszeit anerkannt werden. Im

Gegensatz zu Fekter wollte die Unterrichtsministerin eine Arbeitszeiterhöhung ausschließen, inzwischen ist sie davon budget-diszipliniert abgerückt.

Support für die Finanzministerin

Die von Regierungsseite angekündigte Aufnahme von Unterstützungspersonal und die damit verbundene überfällige Entlastung der LehrerInnen von einem Teil der ausufernden nicht-unterrichtlichen Tätigkeiten ist notwendig, damit LehrerInnen mehr Zeit für individuelle Förderung, neue Unterrichtsformen und fächerübergreifende Projekte haben. Investitionen in Unterrichtsqualität sind notwendig, überforderte LehrerInnen in immer mehr Klassen freuen nicht SchülerInnen und Eltern, sondern nur die restriktive Finanzministerin.

Gegen zukunftsblindes Finanzpakt-Sparen

Den notwendigen Widerstand der betroffenen ArbeitnehmerInnen und die Solidarität von Eltern, SchülerInnen, GÖD, ÖGB und AK gegen eine geplante Arbeitszeiterhöhung kann es allerdings nicht geben, wenn vor lauter Stillschweigen keine Sachinformation über die von Fekter vor Wochen angekündigte Arbeitszeiterhöhung an die Betroffenen und die Öffentlichkeit weitergegeben werden darf.

Zwei zentrale Dienstrechtsforderungen der ÖLI-UG

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen der Österreichischen LehrerInneninitiative erinnern die drei für Unterricht, Bundesverwaltung und Finanzen zuständigen Ministerinnen an zwei zentrale Dienstrechtsforderungen engagierter LehrerInnen aller Schultypen:

1. Besoldungsrelevante Beschreibung von LehrerInnenarbeit und Arbeitszeit
 - Arbeit im und für den Unterricht, bei Projekten, Fördermaßnahmen, Konferenzen und Teambesprechungen, Beratung/Betreuung/Beaufsichtigung von SchülerInnen, Elternberatung, Schulentwicklung und Fortbildung sind gleichwertig. Das Dienstrecht erleichtert somit die LehrerInnenarbeit

- Für administrative, psychologische, soziale Tätigkeiten und Freizeitbetreuung ist professionelles Personal zur Unterstützung einzustellen.
- Keine administrative Fixierung auf einen Wochenstundenplan, Ermöglichung flexibler Einteilung des Unterrichts in selbstverantwortlichen Teams.
- Ausgangspunkt der Arbeitszeitbewertung ist eine Unterrichtsverpflichtung von 20 Jahreswochenstunden in Klassen, Lerngruppen und individuellen Fördermaßnahmen.

2. Mehr Eigenständigkeit der Schulen - gewähltes Schulleitungsteam auf Zeit

- Da eine Person mit den Schulleitungsaufgaben überfordert ist, sind Schulleitungsteams zu bilden, mit klarer Beschreibung der Aufgaben und klar definierten Anforderungsmerkmalen,
- Ein ausreichendes, von der Schulgröße abhängiges Freistellungskontingent für das Leitungsteam (bei Kleinschulen Bildung von Schulverbänden)
- Das Leitungsteam legt die interne Arbeitsteilung fest und ist gegenüber Schulgemeinschaft und Schulverwaltung rechenschaftspflichtig

Bildung kostet. Schulreform, Dienstrechts- und Besoldungsreform brauchen ausreichende Bundesbudgetmittel! Unsere Gedankenanstöße finden sie unter www.oeli-ug.at/Dienstrecht.pdf.

Glück auf für die Verhandlungen - Schluss mit den Geheimverhandlungen.

Auch in dieser Ausgabe:

- Über die geheimen Dienstrechtsverhandlungen, Gary Fuchsbauer (S. 2).
- Droht eine neoliberale Dienstrechtsreform zur „Flexibilisierung“ der LehrerInnenarbeit? Mag. Dr. Anton Brandner (S. 4)!
- YES, WE CLAIM!!! Ein Aufschrei von Wilfried Mayr, Vorsitzender ÖLI-UG (S. 5).
- Folge 4 der Serie „Schulsozialarbeit“ von Günter H. Brus (S. 7). Beginn der Serie ist im BS-Kreidekreis 10/2011, Zeitschrift downloadbar unter www.kreidekreis.net.

Inhalt

- 1 • LehrerInnendienstrecht: Unabhängige GewerkschafterInnen für Bildungsinvestitionen, Reinhard Sellner
- Kreidekreis Kurzübersicht
- 2 • Über die geheimen Dienstrechtsverhandlungen, Gary Fuchsbauer
- 3 • Mail an die GÖD, Josef Gary Fuchsbauer
 - Matura abschaffen? Bitte nein! Herwig Burian
 - LeserInnenbriefe
- 4 • Droht eine neoliberale Dienstrechtsreform zur „Flexibilisierung“ der LehrerInnenarbeit? Mag. Dr. Anton Brandner
- 5 • YES, WE CLAIM!!!! Ein Aufschrei von Wilfried Mayr, Vorsitzender ÖLI-UG
- 6 • Die Macht der Aggression, Veranstaltungshinweis zur Internationalen Pädagogischen Werktagung Salzburg
 - Das Wort zum täglichen „Formen eines neuen Lehrer/innendienstrechts (LIDR)“- Spiel, Glosse von stow
- 7 • Schulsozialarbeit wird öffentlich diskutiert, Mag. Günter H. Brus
- 8 • Buchtipp: Vom Verzehr wird abgeraten: Wie uns die Industrie mit Gesundheitsnahrung krank macht. Hans-Ulrich Grimm
 - Falsche Strategie, Wilfried Mayr

Impressum: EHV: ÖLI-UG,

Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie,
4643 Pettenbach, Pflasterweg 7.
Redaktion: Josef Gary Fuchsbauer, Dietmar Mühl und die AutorInnen der Beiträge.
Papierauflage: 11.000.

Der Kreidekreis ist das Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.

LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen sind willkommen!

ÖLI-Beitritt bzw. Bestellung eines Kreidekreisabonnements unter:

oeli@kreidekreis.net od. 0680 2124358,
bzw. direkte Einzahlung von
€ 7,- für ein Kreidekreisabo / Jahr
€ 45,- für Mindestmitgliedsbeitrag / Jahr bzw.
€ 30,- Mitgliedsbeitrag inkl. Kreidekreis-Abo
und Berufsrechtsschutz / Monat auf ÖLI
PSK Nr. 78420320, BLZ 60000,
IBAN: AT526000000078420320,
BIC: OPSKATWW

Über die geheimen Dienstrechtsverhandlungen Wissen Zeitungen alles? Sollen nur die Betroffenen nix wissen?



Gary Fuchsbauer
ÖLI-Bundeskoordinator

Wie auch schon in den Medien zu lesen war, ist auch die ÖLI-UG im Verhandlungsteam zur Dienstrechtsreform vertreten. Ich kenne daher auch den in den Medien vielfach zitierten Entwurf. Wer die für die (erste?) Verhandlungszeit vereinbarte Verschwiegenheit gebrochen hat, sodass viele Inhalte und Zahlen daraus in den Massenmedien verbreitet werden, ist nicht bekannt.

Ich bin zwar persönlich der Ansicht, dass es besser wäre ein neues Dienstrecht mit den Betroffenen selbst zu entwickeln (und das Ergebnis auch einer gewerkschaftlichen Urabstimmung zuzuführen), sehe aber durchaus ein, dass es Sinn machen kann, zunächst zwischen Dienstgeber- und Dienstnehmer-VertreterInnen intern Modelle durchzusprechen und durchzurechnen, bevor man an die Öffentlichkeit geht. Ich werde mich daher auch an die Verschwiegenheit halten.

Ich möchte aber hier kurz einige Aussagen und Zahlen aus Zeitungen zitieren und deren Auswirkungen ansprechen:

„Forderung von Finanzministerin Fekter – Lehrer sollen sechs Stunden mehr arbeiten, davon aber nur vier bezahlt bekommen. Die Gewerkschaft steckte schon vor den Verhandlungen die Grenzen ab. Man sei zwar bereit, über „vernünftige Vorschläge“ zu verhandeln. Einem „Lehrersparpaket“, das mehr Arbeitszeit bei weniger Gehalt vorsieht, wird man aber sicherlich nicht zustimmen.“ („Die Presse“, Print-Ausgabe, 04.05.2012)

„Gelten soll das neue Dienstrecht frühestens ab 2013/14 für alle neu einsteigenden Lehrer. Angleichung der Gehälter: Lehrer an AHS-Unterstufen, Hauptschulen und Neuen Mittelschulen sollen analog zur geplanten gemeinsamen Ausbildung künftig auch gleich viel verdienen, so der Regierungsvorschlag. Ebenso angeglichen werden sollen die

Gehälter von AHS- und BMHS-Lehrern.“ (www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/art385,877982)

„So sind laut Kimberger die angekündigten Supportsysteme und administrativen Entlastungen für Lehrer „mit keinem Wort erwähnt“. Das Papier sieht vor, dass mit dem Schuljahr 2013/14 alle neuen Lehrer ein Einstiegsgehalt von 2420 Euro brutto pro Monat erhalten. Die Gehaltskurve verläuft danach deutlich flacher als bisher. Das Endgehalt sinkt auf 4.330 Euro brutto pro Monat. [...] für die Sekundarstufe I (Hauptschule, Neue Mittelschule, AHS-Unterstufe) gibt es Zulagen, für die AHS-Oberstufe und BHS sind sie noch höher. Außerdem gibt es für Schularbeitsfächer oder Zusatzaufgaben wie die Einführung junger Kollegen als Mentor Zulagen.“ 17.05.2012 (DiePresse.com)

„Die bisher steile Gehaltskurve soll deutlich abgeflacht werden, das Einkommen über das gesamte Berufsleben gleichbleiben.“ Der STANDARD, 17. Mai 2012

„Dienstrecht - Mehr Stunden für Lehrer. Mehr Unterricht. Die Koalition sieht in ihrem Entwurf für das neue Lehrerdienstrecht vor, dass Berufsanfänger mehr Zeit in den Klassen verbringen sollen. Die „Normunterrichtszeit“ soll 24 Stunden betragen. Dabei berücksichtigt wird auch Förderunterricht im Rahmen der Tagesbetreuung.“ „Einstiegsphase. Pflichtschullehrer sollen in den ersten zwei Berufsjahren weiterhin Lehrveranstaltungen an den Pädagogischen Hochschulen absolvieren. Bei AHS-Junglehrern bleibt das Unterrichtspraktikum. Sie müssen in dieser Zeit aber mehr unterrichten als bisher.“ www.tt.com/Nachrichten/4808026-2/lehrer-wollen-beim-dienstrecht-nachbessern.csp

Wenn tatsächlich die Lehrverpflichtung einer D/E-Lehrerin von derzeit 17,14 gehaltenen Stunden an AHS und BMHS auf 24 Stunden steigen sollte, dann wären das 40 Prozent. Und wenn tatsächlich die Lebensverdienstsumme gleich bleiben sollte: Was, bitte, ist daran ein attraktives Dienstrecht, das die besten jungen Menschen motiviert Lehrer/in zu werden?

Ich hoffe doch, dass da sowohl einige Zahlen in Zeitungen nicht stimmen, als auch, dass die Verhandlungen, wie es in einer Aussendung hieß, schlussendlich ein modernes attraktives Dienstrecht ergeben.

Mail an die GÖD

Liebe Rechtsgelehrte, lieber Kollege Gruber, lieber Fritz!

In der Karwoche hat uns Hannes Gruber, Bereichsleiter Besoldung, mitgeteilt, dass eine Rückabwicklung des Nachkaufs von Schul/Studienzeiten für nach 30.6.1988 Pragmatisierte in den Verhandlungen mit dem BKA nicht erreicht werden konnte.

Ich finde das überhaupt nicht ok, dass a) der Staat hier vor ein paar Jahren eine günstige Nachkaufmöglichkeit durch die drastische Erhöhung ab 2011 praktisch Ende 2010 total „beworben“ hat und nun den „gefangenen“ Kunden ihr Produkt (Korridor) verweigert, und b) die GÖD so tut, als sei da nichts zu machen.

Bei der Abschaffung der Jubiläumsszulage im Dezember 2011 hat die GÖD zumindest zugesagt, dass sie ab Juli 2012 (wenn die ersten JubZul nicht ausbezahlt werden) dagegen rechtlich vorgehen wird - allerdings auch nur für die, die in der ersten Hälfte 2012 in Pension gehen. Es ist aber auch für alle anderen eine Sauerei, die in Erwartung der JubZul den Nachkauf getätigt haben - und zwar 2012 noch in den Korridor gehen können, aber mit netto ca 11000 Euro Verlust (wegen fehlender JubZul).

Und bei denen, die für einen Pensionsantritt ab 2013 nachgekauft haben, fällt nun überhaupt der Grund des Nachkaufs (frühere Pensionierung) weg (und dann auch noch die JubZuw).

Wenn aber bei einem Rechtsgeschäft zwischen zwei PartnerInnen die eine (Regierung+Legislative) ihre Teile des Geschäfts nicht einhält (Pensionierung mit 62 nicht möglich, keine JubZul bei Pensionierung vor 65), dann kann wohl auch nicht die/der andere (Pensionsbeitragszahler/in) verpflichtet bleiben, die vereinbarten Zahlungen zu leisten.

Die Argumentation, dass der Nachkauf nicht nur für den Zeitpunkt der Pensionierung etwas gebracht hätte, sondern auch für die Höhe der Pension, ist erstens für die KollegInnen bis Jahrgang 1954 unzutreffend, da es keinen APG-Teil der Pension gibt, und für die Jüngeren wegen der Unverhältnismäßigkeit zurückzuweisen. Die Höhe der Nachzahlung im Bereich von tausenden Euro und die Erhöhung der Pension im Bereich von Cent und wenigen Euro, stehen in keinem sinnvollen Zusammenhang. Niemand hätte den Nachkauf aus diesem Grund gemacht. Niemand hätte den Nachkauf unter den heutigen Gesetzesbedingungen gemacht.

Damit ist doch eindeutig der Rechtsbestand des Wegfalls des Geschäftsgrundes gegeben und damit das Rechtsgeschäft Nachkauf hinfällig und rückabzuwickeln.

Ich ersuche euch, das eingehend zu prüfen und die betroffenen KollegInnen intensiv zu unterstützen.

LG Josef Gary Fuchsbauer,
0680 2124358

Matura abschaffen? Bitte nein!

Kollege Ambros Gruber ist im Kreidekreis 2/2012 für die Abschaffung der „Matura“ eingetreten. Sie solle ersetzt werden durch ein Zertifikat, das die Leistung der Jugendlichen in den letzten Jahren beschreibt.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts (Aufklärung, Neuhumanismus) wurde im deutschsprachigen Bereich gegen kirchlichen Widerstand so etwas wie die „Matura“ als Zugangsberechtigung für Universitäten eingeführt. Diese Einrichtung hat sich bewährt und sollte nicht über Bord geworfen werden.

In den meisten Schulen ist sie keineswegs eine „Show“ (Gruber), wo „punktuellen Leistungen“ abgefragt werden. In sieben Teilprüfungen wird wichtiges, über Jahre erworbenes Wissen abgefragt. Die Jugendlichen müssen schriftlich und mündlich ihr Überblicks- und Spezialwissen beweisen, und das vor einer Kommission. Und sie müssen die Fülle ihrer Fähigkeiten nicht in längeren Abständen, sondern kompakt in kurzer Zeit präsentieren. Das ist eine Hürde. Aber das Überwinden der Hürden

dient dem Reifungsprozess. Wenn man Hürden niederreißt, erschwert man in Wirklichkeit Entwicklung und Persönlichkeitsentfaltung.

Wir als Lehrer/innen haben die Aufgabe, die Jugendlichen zu coachen, sie zum Sprung über die Hürden zu „ermächtigen“. Ich glaube auch, dass die Mehrheit der Jugendlichen den Nutzen der Matura versteht.

Die „Matura“ ist eine sinnvolle Tradition, eine Art „Initiationsritus“. Riten haben ihre Aufgabe. Sie dienen der Sicherheit, sie geben einer Gesellschaft Halt. Nimmt man diese Traditionen nicht ernst, hat man mit seinen Ideen – z.B. von „Menschlichkeit“ und „Kreativität“ (Ambros Gruber) schon verloren. Man muss Riten nur in gewissen zeitlichen Abständen reformieren, an die Gegebenheiten anpassen, ihnen einen neuen positiven Sinn geben.

Dass die teilzentrale Reifeprüfung so eine Verbesserung bringen wird, das glaube ich nicht, aber „Matura“ abschaffen – nein danke!

Herwig Burian, Lehrer in Villach

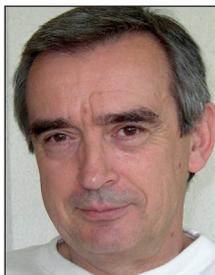
LeserInnenbriefe

Verschärfung der Antrittsvoraussetzungen für die Korridor pension

Ich möchte euch auf eine (un)heimliche Verschärfung der Antrittsvoraussetzungen der Korridor pension für BeamtInnen hinweisen, die in der bisherigen Diskussion und Berichterstattung zu kurz gekommen ist und jene KollegInnen betrifft, die sich der Erziehung ihrer Kinder gewidmet haben. Anmerkung: Es geht im Folgenden dabei immer um das Antrittsalter, nicht die Pensionshöhe. Die Antrittsvoraussetzungen für die Korridor pension wurden im 2. Stabilitätsgesetz direkt und indirekt verschärft: direkt durch die Anhebung der dafür nötigen Monate, indirekt dadurch, dass bei BeamtInnen als Kindererziehungszeiten für die ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit (RGZ) nach wie vor nur die Karenzjahre nach Mutterschutzgesetz berücksichtigt werden und nicht bis zu 4 Jahre wie bei allen anderen ArbeitnehmerInnen! Nur die RGZ zählen für die Berechnung des frühesten Antrittsalters! GÖD und BVA haben dies bestätigt. Die GÖD hatte zuvor auf diese durch nichts zu rechtfertigende Ungleichbehandlung in ihrer Stellungnahme zum 2. Stabilitätsgesetz zwar hingewiesen, aber wohl ohne Wirkung. Ich mache darauf aufmerksam, dass bei BeamtInnen ab Jahrgang 1955 weder in den Mitteilungen zum Pensionskonto noch in dem diesen Mitteilungen beiliegenden „Merkblatt Kindererziehungszeiten“ auf diesen Umstand hingewiesen wird; vielmehr wird dort von 4 angerechneten Jahren ausgegangen! Es gibt daher reichlich Grund zur Annahme, dass viele von diesem Umstand nichts wissen. Ein böses Erwachen kurz vor dem geplanten Antritt einer Korridor pension könnte die Folge sein! Diese rechtliche Lage führt etwa zur skurrilen Situation, dass die Kindererziehungszeiten für die Hacklerregelung ab einem Kind mit max. 5 Jahren angerechnet werden, für die Korridor pension aber z.B. im Fall meiner Gattin mit nur 4 (1+1+2) Jahren bei 3 Kindern. Meine Gattin ist mit 20 in den Bundesdienst eingetreten und kann trotzdem nicht mit 62, sondern erst mit 64 die Korridor pension antreten, weil sie sich bis zu den 4. Geburtstagen unserer Töchter der Kindererziehung gewidmet hat, ja widmen musste, da Kindergartenplätze in unserer Stadt erst für 4-, tw. 5-Jährige vergeben wurden. Ich bitte euch, im Kreidekreis auf diese rechtliche Situation hinzuweisen und dafür zu kämpfen, dass die Kindererziehungszeiten bei allen mit bis zu 4 Jahren für den Antritt einer Korridor pension gerechnet werden!

Danke für den letzten tollen Kreidekreis, allein, wenn ich an den Artikel von Ruth Mitschka denke ...

Droht eine neoliberale Dienstrechtsreform zur „Flexibilisierung“ der LehrerInnenarbeit?



Mag. Dr. Anton Brandner

Der Aufmarsch der Troika Fekter, Heinisch-Hosek und Schmied als VerhandlungsführerInnen der Regierung gegenüber der Lehrgewerkschaft bei der Reform des Lehrerdienstrechts zeigt, dass die ÖVP-SPÖ-Regierung dieser Reform große Bedeutung beimisst, geht es doch hier um einen neuen Kollektivvertrag, wo die arbeitsvertraglichen Rechte der größten ArbeitnehmerInnengruppe im Öffentlichen Dienst zur Disposition stehen.

„Die LehrerInnen sind das Auge des Taifuns“,

äußerte der Unternehmer und neoliberale Wanderprediger Claus Woltron vor ca. 5 Jahren auf einer Lehrerversammlung. Dieses damals für mich noch sehr kryptische Bild der trügerischen Ruhe in der LehrerInnenpolitik finde ich heute für sehr zutreffend. Denn jetzt erst, 2012, geraten auch die LehrerInnen in die unmittelbare Sturmzone. Dieser Sturm ist die Schleifung ihres bisherigen Arbeitsrechts unter dem Titel der „Flexibilisierung“ (Fekter) ihrer Arbeit - ein Sturm, der die globale Arbeitswelt längst erfasst und dementsprechend verwüstet hat.

Der „Wettbewerbsstaat“ und seine Deregulierungspolitik im Bildungsbereich

Auch in Österreich ist inzwischen die neoliberale Ideologie dank fleißiger medialer Verbreitung im öffentlichen Bewusstsein voll verankert: Sie besagt, Österreich stehe mit anderen Staaten im Wettbewerb um möglichst unternehmerfreundliche Standorte. Daher müsse Österreich liberalisieren, privatisieren und deregulieren, wo es nur geht. Die Standortkonkurrenz dient den Neoliberalen als Druckmittel für immer weitere Deregulierungen und Steuersenkungen, damit Unternehmen möglichst kostengünstig produzieren und immer weiter expandieren können.

Um ihre Kosten zu senken und einen Standortvorteil herauszuholen haben die österreichischen Banken- und Unternehmerverbände längst auch eine Neustrukturierung des gesamten Bildungssektors nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ins Auge gefasst. Die neoliberale Bildungsreform verfolgt vier Hauptstoßrichtungen:

1. Eine Verwaltungsreform soll die Verwaltungsstrukturen schlank und technokratisch steuerbar machen (Abschaffung vieler Schulbehörden, vor allem der politischen Mitbestimmungsgremien auf mittlerer Ebene).
2. Die öffentlich Bediensteten sollen in ihrer Rolle als ArbeitnehmerInnen ein neues Dienstrecht bekommen. Die Reform des Lehrerdienstrechts und die neuen Arbeitsverträge verfolgen offenkundig das Hauptziel, die Personalkosten im Bildungssystem zu senken. Seit Jahren klagen die Neoliberalen, dass das österreichische Bildungssystem im internationalen Vergleich angeblich zu viel koste und bei den PISA-Tests hingegen nur mäßig abschnide. Daher scheinen radikale Einschnitte in die Lebensverdienstsumme der LehrerInnen geplant zu sein! Unter dem Vorwand der Lohnerhöhung für die JunglehrerInnen und der Gehaltsabflachung bei den älteren LehrerInnen soll es in Wirklichkeit insgesamt zu einer Senkung der LehrerInnen-Lohnkosten kommen, denn zweitens soll die Arbeitsorganisation der LehrerInnen so umgestaltet werden, dass eine möglichst umfassende und kostengünstige Nutzung der pädagogischen Arbeitskraft möglich wird. Die Privatwirtschaft verfolgt seit langem offen das Ziel: Die Lehrkraft soll länger und mehr arbeiten (Kürzung der Ferien, längere Unterrichtszeit, höhere Lehrverpflichtung...) und gleichzeitig weniger kosten!
3. Zuletzt soll der gesamte Output des Bildungssystems (Bildungszugang, Bildungsinhalte, Selektionsgrad, Qualifikationsgrad, Abschlüsse) optimal an die wechselnden Bedürfnisse des Marktes angepasst werden. Dabei gibt es unter den Neoliberalen erhebliche Interessenskonflikte, was die die Grundfunktion des Bildungssystems angeht: Der reaktionäre Teil (die Vertreter des „differenzierten“ Schulsystems) betont die Selektionsfunktion, der progressivere Teil (die Verfechter der Gesamtschule) die Qualifikationsfunktion des Bildungssystems.

4. Um die Schulen optimal den Bedürfnissen lokaler und regionaler Märkte anpassen zu können, sollen die Schulsprengel aufgehoben, der Standortwettbewerb zwischen den Schulen in Gang gesetzt und durch das Schulranking gekrönt werden. „Es lebe der Wettbewerb!“

Die Dienstrechtsreform zur „Flexibilisierung“ der Lehrerarbeit

Die momentane Hauptstoßrichtung der „Bildungsreform“ ist die Deregulierung des pädagogischen Dienstrechts zur Flexibilisierung dieses Arbeitsbereichs.

Das alte Lehrerdienstrecht, das mit seinem Kündigungsschutz (Pragmatisierung) für die Unabhängigkeit gegenüber politischem Druck von oben (Politik) und von außen (Wirtschaft) sorgte, wurde von der Wirtschaft als „veraltet“ hingestellt, denn es diene angeblich nur als Mittel zum Erhalt von „Privilegien“ einer bestimmten geschützten reformresistenten Berufsgruppe. Die Deregulierung des Kündigungsschutzes bei den LehrerInnen dient jedoch einem ganz anderen Ziel: Der Staat soll die LehrerInnen flexibel und nach rein wirtschaftlichem Bedarf einstellen und entlassen können.

Die Verfechter und Nutznießer des Standortwettbewerbs streben eine Neustrukturierung des Bildungssektors mit marktwirtschaftlicher Grundausrichtung an. Ziel der von ihnen angestrebten Flexibilisierung der LehrerInnenarbeit ist eine möglichst umfassende und kostengünstige Nutzung der LehrerInnenarbeitskraft auf dem Bildungsmarkt. Diese Flexibilisierung der Arbeit enthält umfassende Veränderungen des pädagogischen Arbeitsrechts mit weitreichenden gesellschaftspolitischen Folgen:

- Aufhebung des Kündigungs- und Versetzungsschutzes
- Flächendeckende Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle (Lehrkräfte sollen länger in der Schule sein, eine höhere Lehrverpflichtung bekommen, länger in der Klasse stehen)
- Erhöhung der Arbeitszeit und Überstunden ohne Lohnausgleich
- Überstunden, Zulagen und Nebengebühren werden in die Besoldung integriert („all inclusive Verträge“)
- Vordringen von Teilzeitarbeits- statt Vollbeschäftigungsverträgen als Angebot für Frauen im Schuldienst (Lehrberuf gilt als Frauenberuf). Dadurch steigt die Gefahr der Prekarisierung für Frauen und JunglehrerInnen
- Vordringen befristeter statt unbefristeter Arbeitsverträge

- Differenzierung in privilegierte Kern- und rechtlose Randbelegschaften
- Stärkung der inner- und überschulischen Hierarchien zwecks besserem Durchgriffsrecht (Personalrekrutierung, Recht des „hire&fire“ für die Schulleitung)
- Schwächung der Vertretungsgremien und der LehrerInnen-Gewerkschaft (Feindbild: „Verhinderer“)
- Schulautonomie und Schulgemeinschaft: Zurückdrängung der Mitbestimmungsgremien der herkömmlichen Schulgemeinschaft, Öffnung der Schulen gegenüber Sponsoren aus der Wirtschaft, steigender Einfluss lokaler Wirtschaftskreise auf die einzelnen Schulen

Die Gefahr des Prekariats und der Prekarisierung

Der Einfluss neoliberaler Reformen auf die Bildungssysteme zeigte sich bisher vor allem im Rückzug des Staates aus der Studien- und Bildungsfinanzierung und in den von der EU verordneten Strukturanpassungsrichtlinien (z.B. Bolognaprozess). Diese „Reformen“ haben die Studienbedingungen für viele Studierende erschwert und zu einer verschärften Verunsicherung der Studierenden geführt. Die Jugend- und Jungakademikerarbeitslosigkeit bzw. die Verarmung ist in vielen EU-Ländern hoch. Sie kennen meist nur prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Für die bereits in Beschäftigung Befindlichen waren die Folgen neoliberaler Arbeitsmarktreformen auf dem offiziellen Arbeitsmarkt nicht minder gravierend und überwiegend negativ. Für sie sind die Risiken der ökonomischen Existenzsicherung stark gestiegen. Seit 1980 ist in fast allen Industrieländern eine stärker werdende Tendenz zur existenziellen Verunsicherung der ArbeitnehmerInnen feststellbar. Überall ist die Konkurrenz um Jobs gestiegen und der Leistungsdruck wurde und wird stetig erhöht. Dies gilt auch für den pädagogischen Arbeitsmarkt. Der von den „Reformern“ gern zitierte Satz „Wir suchen uns die besten Lehrer aus“ dient genau diesem Zweck!

Der steigende Druck, das ist der Taifun, der jetzt auch das österreichische Bildungssystem und dessen „Arbeitsmarkt“ zu erfassen droht.

Dieser Druck manifestiert sich in Form von

- Flexibilisierten Arbeitsverhältnissen
- Niedrigeren Löhnen
- Öffnung des LehrerInnen-Arbeitsmarkts
- Verstärkter Versetzbarkeit
- Zunehmender Teilzeitarbeit
- Befristeten Anstellungsverträgen

- Drohender Dequalifizierung
- Zwang zur Erfüllung von bildungsfremden Dienstleistungen aller Art

Quo vadis, Öffentlicher Dienst?

Der Neoliberalismus ist die ideologische Grundlage des seit 1980 entfesselten Finanzkapitalismus, der seit 2008 wirtschaftlich, aber nicht politisch abgewirtschaftet hat, wie die gegenwärtige EU-Politik zeigt. Die neoliberale „Reform“ des österreichischen LehrerInnen-Dienstrechts durch die SPÖ, vertreten durch die Beamtenministerinnen Heinisch-Hosek und die Ex-Bankerin Schmied erfolgt just zu einem Zeitpunkt unfassbarer Finanz- und Bankskandale und zeugt vom „befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“ (Colin Crouch), gestützt nicht zuletzt durch eine sozialdemokratische Partei, der politisch nach wie vor nichts Besseres einfällt.

Müssen also auch die österreichischen LehrerInnen noch die neoliberale Arbeitsrechtreform über sich ergehen lassen?

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst vertritt einen klaren Standpunkt: „Die Zielsetzungen in der Privatwirtschaft sind mit jenen im öffentlichen Sektor nicht vergleichbar. Gewinnorientierung auf der einen und Gemeinwohlorientierung auf der anderen Seite stehen einander diametral gegenüber“ (GÖD 3/2012, S. 11): Daher „erfordert die Gemeinwohlorientierung im öffentlichen Bereich andere Rahmenbedingungen als der gewinnorientierte Bereich der Privatwirtschaft ... Deshalb muss ein neues Dienstrecht einen öffentlich-rechtlichen Charakter aufweisen“ (Norbert Schnedl). „Ein eigenständiges Dienstrecht im Öffentlichen Dienst ist zur unabhängigen, unparteiischen und den Gesetzen verpflichteten Aufgabenerfüllung unabdingbar. Es dient dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit vor Willkür.“ (GÖD, a.a.O.)

Dem ist nichts hinzuzufügen außer, dass es verdammt schwer werden wird, die traditionelle Idee und die traditionellen Rechte des Öffentlichen Dienstes in einer Zeit neoliberaler Hegemonie in den Verhandlungen mit der Bundesregierung erfolgreich zu verteidigen.

Wollen Sie besser informiert sein? Besuchen Sie uns auf

[www.oeli-ug.at!](http://www.oeli-ug.at)

YES, WE CLAIM!!! Ein Aufschrei von Wilfried Mayr, Vorsitzender ÖLI-UG

Die Analyse der gesellschaftlichen Generalentwicklung in Neo-Lib-Zeiten von Prof. Brandner kann uns profund klar machen, was da seit etlichen Jahren läuft und was uns jetzt droht. Wenn finanzstarke Kreise die Staatswirtschaften in den Klammergriff ihrer einzigen Maxime der Profitmaximierung nehmen, dann ist im aktuellen Fall der Dienstrechtsverhandlungen die ARGE-LehrerInnen-Spitze gefordert, und zwar wie noch nie.

Vorsitzender und Verhandlungsführer ist Paul Kimberger. Ich kenne ihn aus unserer gemeinsamen Zeit im oö. Zentralausschuss APS. Obwohl sich unsere politischen Weltbilder vermutlich einigermaßen unterscheiden, habe ich bisher bei ihm noch keinen Fehler in seiner Funktion als Interessensvertreter wahrnehmen müssen. Ich habe den Eindruck, er weiß, in welchem zunehmendem Maß die Arbeitsbedingungen der PädagogInnen gerade durch die Einsparungen der vergangenen zwanzig Jahre gelitten haben und dass es nicht gerade „Weich-Eier“ sind, die die dauernden Zumutungen nicht mehr hinnehmen wollen und können. Während die Anforderungen an uns im Dauertakt verschärft werden, kommen wir „all-inclusive“-Leistung zum Minimaltarif immer näher. Das versaut die Motivation und raubt zunehmend die Freude an der pädagogischen Arbeit. Wenn die Ministerin (zu Recht) „die Besten“ als LehrerInnen will, dann müsste sie (gerade als Ex-Banksterin) doch eigentlich wissen, dass solches nicht zu „Charity-Bedingungen“ zu haben ist. Dennoch ist es theoretisch möglich, dass die derzeitige politische Klasse im Nationalrat ein „neues Dienstrecht“ für LehrerInnen per Drüberfahren durchziehen will. Und genau dann gibt es nur mehr eine einzige Chance: Eine starke Vertretung der LehrerInnen, die im tagtäglichen Einsatz ihre Qualifikation als Vertrauensperson und LernbegleiterIn der heute Jugendlichen unter Beweis stellen müssen und wollen. Und genau die haben ein Recht zu fordern. YES, WE CLAIM!!!

Die ÖLI-UG unterstützt die ARGE-LehrerInnen der GÖD und deren Verhandlungsleiter Paul Kimberger im Vorhaben, keinerlei weitere Verschlechterungen zu akzeptieren, sondern die nötigen Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße pädagogische Berufsausübung erfolgreich einzufordern!

Die Macht der Aggression

Montag, 9. Juli - Freitag, 13. Juli 2012



Bereits zum 61. Mal findet in diesem Sommer von 9. bis 13. Juli die Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg statt. Die diesjährige Tagung ist ganz dem Thema der Aggression gewidmet, das von renommierten ReferentInnen interdisziplinär diskutiert werden wird.

Das pädagogische Ziel kann nicht darin bestehen, Aggression zu unterdrücken oder zu verdrängen – etwa in einem schüchternen Bravheitssyndrom –, dafür sitzt sie, im limbischen System, viel zu tief. Anzustreben ist vielmehr, mit Aggression konstruktiv umzugehen, sie zuzulassen, ja zu fördern, wenn sie guten Zwecken dient, aber auch sie zu bändigen.

In bewährter Weise wird das Tagungsthema aus unterschiedlichen Perspektiven angegangen:

- humanwissenschaftlich: Wie entsteht Aggression?
- soziologisch: Ist die Jugend wirklich so viel aggressiver geworden?
- pädagogisch: Wie lässt sich diese Urkraft lenken, dass sie nicht Zerstörung, Schmerz und Tod bringt, sondern letztlich der Entfaltung des Lebens förderlich ist?

Zeit: Mo., 9. Juli bis Fr., 13. Juli 2012

Ort: Große Universitätsaula, Max-Reinhard-Platz, 5020 Salzburg, Österreich
Alle Infos unter: <http://pwt.kirchen.net>

Das Wort zum täglichen „Formen eines neuen Lehrer/innendienstrechts (LIDR)“- Spiel, Glosse von stow

!) Intro: Am Anfang war „Das Sparen“ (LeutIn in Zeiten wie diesen...)

!!) Dann kam das „Leistungsgebot“ (die öffentliche Meinung habts ihr gegen euch...)

!!!) Schließlich folgte „das überzogene Forderungen-Spiel“ (das versteht draußen niemand...)

!!!!) Gefolgt von dem „das könnt ihr im Angesicht der Krise nicht verlangen“ - Argument

!!!!!) Pause: „Nachdenkprozess soll festgefahrene Fronten aufbrechen“(1.WK-Sprech!)

!!!!!!) „Gesprächsklima wird als konstruktiv bezeichnet“ („I have a dream“, und a Vision)

!!!!!!!) „Einigung in Sicht-Spiel „erhöht Erwartungsdruck der Medien (geben wir ihnen was.)“

!!!!!!!!!) „Wer zahlt schafft an“ Spiel – Anschaffer bringen völlig neue Forderungen (innovativ !)

!!!!!!!) „Zurück an den Start“ – Spiel fordert die GÖD (Bio-Sprech: Felle schwimmen davon.)

!!!!!!!) „Keine Zeit mehr“- Spiel (ganz staatstragend...)

!!!!!!!) „Privilegienspiel mit Leistungsverweigerungsjoker“ von Medien in Szene gesetzt

!!!!!!!) Nächtliches Tauziehen im BKA – Göd wird über den Tisch gezogen, da für zu leicht empfunden, trotz GÖDlichem Schwergewicht (wer kann das sein...?)

!!!!!!!) Prolog oder wer log?: Beide Seiten feiern sich als Sieger, im speziellen

- dass das LIDR endlich den Kreis ins Rechteck gezwungen hat: Messbar-machung von pädagogischer Arbeit in - Lmin. : S X phi (=Formel)
- die Mehrarbeit der LehrerInnen bei noch niedrigerer Entlohnung

- dass DirektorInnen admin. Hilfskraft bekommen, damit sie sich diese (= ihre) LehrerInnen aussuchen können, die keinerlei Supportkräfte bedürfen.
- das PH-Niveau statt Universitätsniveau (PH-neutral ist billiger!)
- dass ein Unterschied sein muss zwischen KIGA-, VS-, HS- und AHS-Koll. etc.
- die Aufblähung des Apparates: Mima, DirektorIn, InspektorIn, RegionalmanagerIn, Standardisierungsbeauftragte, Kompetenzimplementierungsbeauftragte, EU-Mehrsprachigkeitsbeauftragte, LerndesignerIn, LandeschulinspektorIn, LandesschulratsvizepräsidentIn, LandesschulratspräsidentIn, Landesrat für Bildung,etc.das jährliche Schulranking, damit Eltern ein Leistungsanreiz geboten wird
- die landes- und bundesweite Suche im TV „Austrias next top-NMS“ 1.Preis: 500.000.- Euro für die Top-Schule gesponsert von der „Telekom - Macht klug und reich“
- dass sie im Sinne der SchülerInnen und LehrerInnen gut verhandelt haben

War da nicht noch etwas wichtiges, das man zu reformieren vorgab, damals 19...???

- BürokratInnen an die Macht!?
- No, thanks, es gibt something better!
- SchülerInnen an die Macht!?
- Schon better!?
- LehrerInnen an die Macht!?
- ??, die sind's ja schon
- Fachleute an die Macht!?
- Brauch ma die? Echt? Wozu?
- Wir sind doch die Fachleute!?

Wir haben das große Ganze im Auge, wir Juristen, wir kennen die Gesetze, wir wissen, wie man Ergebnisse erzielt, die erwartet werden. Der Rest ist Taktik, also ein großes Spiel.



Johann Gaisbacher & Hanns Jörg Pongratz (Hg.)

Persönlichkeiten stärken

Initiativen zur Förderung der Selbst- und Sozialkompetenzen an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen

Förderung und Entwicklung von Selbst- und Sozialkompetenz an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen stehen im Zentrum des vorliegenden Bandes. Ein Forschungsteil wird ergänzt durch die Beschreibung von Modellen und Beispielen, die eine Vielfalt möglicher oder bereits bestehender Aktivitäten zum Thema aufzeigen.

Mit Beiträgen von Evelyn Awad, Eva-Maria Chibici-Revneanu, Stefan Egger, Christian Ehetreiber, Thomas Eibel, Renate Faschingbauer, Klaudia Fuchs, Bettina Greimel-Fuhrmann, Klaus Krottmayr, Ruth Mitschka, Georg Neuhauser, Manfred Sparr und anderen.

294 Seiten | Broschur | € 26,50 | ISBN 978-3-7011-0225-9



Erhältlich im Buchhandel oder im Leykam Buchverlag

Tel.: 05 0109-6535, Fax: 05 0109-6539 verlag@leykam.com – www.leykamverlag.at

Werbung

Schulsozialarbeit wird öffentlich diskutiert

Aus aktuellem Anlass - Zum Wohle des Kindes



Mag. Günter H. Brus,
Berufsschullehrer in Wien
Sozialarbeiter u. Mediator

Folge 4 der Serie Schulsozialarbeit

*Keine zusätzlichen
SchulsozialarbeiterInnen*

Alle österreichischen Zeitungen berichteten Ende April/Anfang Mai 2012 über das geplante neue Dienstrecht für LehrerInnen, das ab dem Schuljahr 2013/2014 gelten könne. Um eine künftige Mehrarbeit von LehrerInnen zu rechtfertigen, wurde eine Erleichterung durch ein Mehr an professionellen Spezialisten angekündigt. Die mittlerweile seitens der Regierungsverhandler (Schmied, Fekter, Heinisch-Hosek) vorgelegten Reformvorschläge erwähnen zusätzliche Unterstützungssysteme mit keinem Wort.¹ Einen entsprechenden OECD-Schnitt erreicht Österreich nicht einmal annähernd. Dazu bräuchte es nämlich in Summe 9000 zusätzliche Beratungs- und BetreuungslehrerInnen, SchulpsychologInnen, SozialarbeiterInnen sowie SchulärztInnen an unseren Schulen. Vorreiter sind die skandinavischen Länder, allen voran Finnland, die uns - meine Schlussfolgerung - zeigen, „wie Unterstützungssysteme für jede einzelne Schule funktionieren und wie damit Nutzen für Kinder und Jugendliche - und weitsichtig damit verbunden, positive Effekte für die Gesellschaft generiert werden.“

Schulpsychologie wird ausgehungert

In einer Teamkonferenz der SchülerberaterInnen am 16.05.2012 gab der Leiter der Schulpsychologischen Beratungsstelle für berufsbildende Pflichtschulen, Bell, eine Reduktion der betreuenden SchulpsychologInnen von 5 auf 4 bei gleichbleibendem Volumen an Berufsschulen und -schülerInnen bekannt. Die 20%ige Herabsetzung begründet er mit einem Aufnahmestopp des Bundes für die nächsten Jahre, der eine Nachbesetzung von ausscheidenden Personen nicht vorsehe. Eine damit verbundene Qualitätsverschlechterung sehe er nicht, weil privatrechtliche, außerschulische

Organisationen vermehrt Tätigkeiten übernehmen (sollen). Diese werden aus Geldtöpfen, die der Bildung „fremd“ seien, finanziert. Natürlich, das sei bekannt, blieben die Organisationen weitgehend der Schule - und damit verbunden, den SchülerInnen (meine Interpretation) - fern, weil sie disloziert² und privatwirtschaftlich agieren. Tätigkeiten und damit verbundene Kosten werden outgesourced (ausquartiert) und somit dem Bildungsbudget nicht primär zugeordnet bzw. angelastet. In Wien ist diesbezüglich eine eigene Koordinationsstelle³ eingerichtet. Mein Schluss daraus: „Mit diesem System bleiben unsere Kinder und Jugendlichen auf der Strecke!“

Pilotprojekt Schulsozialarbeit

Am 09.05.2012 fand in Wien die erste „Bundesweite Fachtagung zur Schulsozialarbeit in Österreich“ statt. Basierend auf der Tatsache, dass Schulsozialarbeit von Rechts wegen der Jugendwohlfahrt und somit der Zuständigkeit der Bundesländer zugeordnet ist, finden sich in den Bundesländern unterschiedliche Historien im Auf- und Ausbau von sozialer Arbeit an Schulen, unterschiedliche Organisationsstrukturen für die Ausführung und verschiedene Schwerpunktsetzungen hinsichtlich Zielsetzungen, Arbeitsformen und Methoden. Um eine gemeinsame Sichtweise und Entwicklung von Schulsozialarbeit zu entwickeln, hat das bm:ukk ergänzende Pilotprojekte in den Bundesländern initiiert, die seit 2010, auch unter Nutzung von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), mitfinanziert werden.⁴

In 4 Arbeitskreisen wurden von gut 100 TeilnehmerInnen Erwartungshaltungen generiert, die dem LBIHPR⁵ zur Schaffung eines gesamtösterreichischen Evaluationsmodells gereichen sollen. Gefordert wird, dass

a) es Mindeststandards für Schulsozialarbeit geben müsse, die auch Regelungen in den Schulgesetzen nach sich ziehen müssen, wobei hervorgehoben wurde, dass jede Schule divergierende Schwerpunkte setzen solle können;

b) die infrastrukturelle Ausstattung an jeder Schule niederschwellig zu erreichende Räumlichkeiten für die Schulsozialarbeit vorsehen müsse, die gleichzeitig SchülerInnen als auch SozialarbeiterInnen Schutz bieten, um Beratungen, Supervisionen und Interventionen im vertrauten Lebensraum der Schule durchzuführen;

c) Beziehungsarbeit auf allen Ebenen des „Prozesses Schulsozialarbeit“ stattfinden müsse;

d) Abstimmungen aller Beteiligten untereinander erfolgen müssen: Zum Wohle des Kindes - das Rat sucht und das kompetente Menschen braucht, die ihm Unterstützung geben!

Abschließend verkündet Projektleiter Krötzl eine Verlängerung der laufenden Schulsozialarbeits-Pilotprojekte (Schwerpunkt: Schulabsentismus) um ein weiteres Jahr und ergänzt als Ausblick, dass ab 2014 seitens des ESF Förderungen für die Untersuchung des Phänomens ESL (early school leaving) zur Verfügung stünden ...

*Zum Wohle des Kindes -
weit davon entfernt!*

Ich bin froh, dass zumindest in einem Arbeitskreis das „Wohl des Kindes“ behandelt wurde. Ich konnte feststellen, dass alle Organisationen, die rund um das Kind installiert sind, natürlich Kinder und Jugendliche als Zielgruppe sehen, jedoch die eigene Organisation in den Mittelpunkt des Geschehens stellen. Eine Feststellung meinerseits wurde mit Entfremden zur Kenntnis genommen.

Wir sind weit davon entfernt, wie zum Beispiel in Schweden, ein Gesetz zum „Individuellen Entwicklungsplan“⁶ einzuführen oder wie in Norwegen, ein Curriculum umzusetzen, das Selbstwertgefühl und Bedürfnisse des einzelnen Kindes achtet:

„Durch die Erziehung muss sich ein deutlicher 'roter Faden' ziehen: die Verbindung von mehr Wissen, mehr Verstand und mehr Fähigkeiten mit sozialen Ansprüchen, ethischer Orientierungsfähigkeit und Sinn für Ästhetik ... also die Erziehung zu Menschlichkeit in einer sich ständig weiterentwickelnden Gesellschaft.“⁷

*Zum Wohle des Kindes - sind wir
wirklich so weit davon entfernt?*

Geben wir unseren Kindern und Jugendlichen Aufmerksamkeit und Zuwendung, führen wir mit ihnen Gespräche, pflegen wir den persönlichen Austausch, nehmen wir unsere Kinder und Jugendlichen Ernst, teilen wir uns mit und ermöglichen wir ihnen ein Mitteilen?!

¹ Mittagsjournal, Ö1, 18.05.2012, oe1.orf.at/artikel/305793, oe1.orf.at/artikel/305791

² ein Begriff der militärischen Führung, von Exekutive und Hilfsorganisationen

³ vgl. www.koordinationsstelle.at/informationen/angebotslandschaft.html, 20.05.2012

⁴ vgl. Einladung zur Tagung

⁵ Ludwig Boltzmann Institute Health Promotion Research

⁶ Heidemarie Schäfers (2009:119ff), Schweden: Geteilte Verantwortung in einer individualisierenden Lernkultur

⁷ Kgl. Norwegisches Ministerium für Bildung, Wissenschaft und kirchliche Angelegenheiten (Hrsg., 1995:40): Curriculum für den Primarbereich, die Sekundarbereiche und die Erwachsenenbildung. Allgemeiner Teil. Oslo, vgl. Anne Ratzki (2009:109ff), Norwegen: Lernen in der inklusiven Schule

Buchtip

**Vom Verzehr wird abgeraten:
Wie uns die Industrie mit Gesund-
heitsnahrung krank macht**

von Hans-Ulrich Grimm



Klappentext: Wussten Sie, dass die Herzschutz-Margarine dem Herzen, und der ACE-Saft dem Embryo schaden kann? Wussten Sie, dass dem Essen zugesetztes Kalzium vielleicht einen Knochenbruch verhindert aber ebenso vielleicht einen Herzinfarkt bewirkt? Wussten Sie, dass es in Deutschland pro Jahr mehr Vitamintote als Verkehrstote gibt? Hans-Ulrich Grimm deckt auf, was im Functional Food wirklich wirkt und was den Konsumenten droht. Schon rechnen Versicherungen mit steigenden Krankheitskosten sowie Produkthaftungsfällen und stufen die angeblichen Gesund-Produkte aus dem Supermarkt als Ri-siko ein. Grimm zeigt, wie die Geschäftsstrategien der Industrie unsere Gesundheit aufs Spiel setzen. Er leuchtet die Wirklichkeit hinter der Werbefassade aus und untersucht die Methoden der Irreführung. Und Grimm recherchiert, wie Wissenschaftler aus staatlichen Instituten und den Labors der Konzerne sich verbrüdernd zum Schaden von ernährungsbewussten Verbrauchern.

Anfragen und Infos:
oeli@kreidekreis.net
www.oeli-ug.at

•
CP IKS-Nr.: 267-53401-1010-1083
klimaneutral gedruckt
www.gutenberg.at

•
P.b.b. 4643 Pettenbach (Verlagsort)
GZ 02Z030917M



Falsche Strategie!

Die aktuelle Personalsituation an den Schulen ist ausgesprochen ambivalent: Einerseits herrscht in Wien bereits LehrerInnenmangel, gleichzeitig wurden dort wegen „fehlender Finanzmittel“ KollegInnen „abgebaut“.

Aus OÖ wird andererseits gemeldet, dass durch die sinkenden Geburtenzahlen und dank Schlüssel'scher Pensionsverschlechterung und damit das Hinausschieben des Pensionsalters der PädagogInnen um ganze fünf Jahre VertragslehrerInnen entlassen und sogar Pragmatisierte in andere Bezirke versetzt werden müssen. Immer mehr PädagogInnen klagen über wachsenden Arbeitsdruck und zuwenig Unterstützung im Arbeitsumfeld.

Positive Lösungsansätze fehlen durch die Bank. Vom Staat wird nicht genug Geld zur Verfügung gestellt, man braucht es ja schließlich milliardenweise zur Rettung von Instituten, deren Upperclass über Einkommen verfügen und verfügen, die sich Durchschnittsverdiener nicht annähernd vorstellen können. Auch müssen anscheinend Millioneneinkommen Einzelner durch Vererbung, Schenkung oder Verkauf von großen Liegenschaften keinesfalls durch Besteuerung so verkleinert werden, wie man es bei Lohn- und GehaltsempfängerInnen tätigt. Wer wirklich hat, parkt seine Vermögen in steuerschonenden Stiftungen im In- und Ausland, sofern man sich nicht gerade sportlich betätigt, indem man mit Diplomatenpass größere

Summen von angeheirateten Familienangehörigen, die davon obendrein nichts wissen, persönlich ins Ausland schleppt. Wir meinen:

- Durch die Verschärfung der Arbeitsbedingungen steht PädagogInnen mit Vollendung des 60. Lebensjahres eine ungekürzte Pension zu! Für den Endbezug einer Lehrkraft können unter den derzeitigen Gehaltsbedingungen zwei JunglehrerInnen beschäftigt werden. So gäbe es genügend Personal z.B. für Klassen- und Gruppenteilungen oder das Angebot von Freigegegenständen und Unverbindlichen Übungen, die in der Vergangenheit eingespart wurden. BetreuungslehrerInnen könnten dort eingesetzt werden, wo sie heute fehlen, bzw. die vorhandenen durch den Arbeitsdruck überbeansprucht werden.
- Ungerechtigkeiten in den individuellen Arbeitsbelastungen durch Verschiedenheit von Klassen- und Gruppengrößen, durch ungleiche Beanspruchung per Fachintensität und Ähnliches müssen durch eine ausgleichende, gerechte Formel für das jeweilige Ausmaß der Lehrverpflichtung beseitigt werden!
- Die Ressourcen für die Bildungsbereiche dürfen sich nicht nach der Bereitschaft der Regierung zur „Gewährung der Mittel“ richten (Stichwort Verhältnisschlüssel SchülerInnen-PädagogInnen), sondern nach dem vorhandenen Bedarf. Nicht die Menschen im Bildungsbereich sind für die Regierung da, sondern wohl genau umgekehrt.

Wilfried Mayr

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518

An: